

SPD Hessen

Beschlüsse

Außerordentlicher
Landesparteitag

29. März 2003

Walter-Köbel-Halle
Rüsselsheim

Inhalt

Seite

A 1 - Wir machen uns an die Arbeit!	2
A 5 – Regionalreform	5
A 6 - Erhalt der Sparkassen in kommunaler Trägerschaft	5
A 8 - Die Kriegslogik verlassen – die Vereinten Nationen stärken	5
A 9 - Arbeit und soziale Gerechtigkeit	6

B 1 - Politik für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.....	8
B 6 - Qualifizierender Hauptschulabschluss.....	10
B 8 - Schulkonferenzen	10
B 10 - Zentralabitur	10
B 11 - Gute Schule braucht eine Lobby! Keine schulformbezogenen nationalen Bildungsstandards in Deutschland!	10

I 1 - Aufklärung des Folter-Vorfalles im Polizeipräsidium Frankfurt	10
--	-----------

Wahl des Landesvorstandes 2003 – 2005 der SPD Hessen	11
---	-----------

A 1 - Wir machen uns an die Arbeit!

Nach der bitteren Wahlniederlage bei der Landtagswahl am 02. Februar 2003 steht die hessische SPD vor einem Neuanfang. Bei dieser Wahl haben landesweit nur noch ca. 60 % der Wählerinnen und Wähler, die uns bei der Bundestagswahl 2002 ihr Vertrauen ausgesprochen haben, erneut SPD gewählt.

Dieser Denktzettel richtet sich überwiegend an die Bundespolitik, das zeigen auch die Wahlergebnisse von Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Der Kampagne der Konservativen, die das Ergebnis der Bundestagswahl politisch korrigieren wollen, wurde keine klare Grundposition entgegengesetzt. Im Gegenteil: Viele Mitglieder und erst recht viele Wählerinnen und Wähler haben den vielstimmigen Chor, der sozialdemokratische Grundpositionen ohne Not in Frage gestellt hat, nicht mehr akzeptiert.

Gegen den Trend aus Berlin hatten die vielen engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die in Hessen ihr Bestes gegeben haben, keine Chance. Die hessische SPD lag im Ergebnis weit unterhalb ihrer Möglichkeiten. Deshalb müssen wir unser politisches Selbstbewusstsein nicht neu erfinden. Aber wir müssen unseren Teil der Verantwortung für das Wahlergebnis übernehmen. Unsere Aufgabe ist es, uns für die Zukunft – inhaltlich und strukturell – besser aufzustellen. Mit dieser Arbeit beginnen wir sofort. Der neugewählte Landesvorstand erhält folgende Arbeitsaufträge.

1. Das inhaltliche Profil schärfen

Die SPD muss konsequente Tagesarbeit mit langfristigen politischen Perspektiven verbinden, sonst verliert sie weiter an Gestaltungskraft und an Glaubwürdigkeit bei den Wählerinnen und Wählern, aber auch bei ihren Mitgliedern. Worin manche eine Zerreißprobe vermuten, steckt eine Chance: Die SPD streitet über ihren programmatischen Kurs, sie will sich verständigen über einen begeisterungsfähigen Politikentwurf für die Zukunft Deutschlands in der Mitte Europas. Dies ist eine ebenso spannende wie notwendige Aufgabe.

Die Menschen erwarten von der Politik klare Antworten auf ihre Sorgen und die Herausforderungen der Zeit. Die SPD muss definieren, wie sie die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse aktiv und sozial gestaltet. Nur mit einem Gestaltungsentwurf für die Zukunft der Gesellschaft lässt sich sagen, welche Interessen mehr zu berücksichtigen sind. Wo es nur nach dem Gewicht der Interessengruppen geht, siegen die Stärkeren. Wir müssen wieder glaubhaft machen, dass wir gesellschaftliche Reformen zum Wohle der Menschen aktiv in Angriff nehmen und nicht als Drohung zum Sozialabbau verkommen lassen. Wir müssen wieder deutlicher machen, dass wir die zukunftsgestaltende Kraft sind, auf die die Bürgerinnen und Bürger gerade auch in Krisenzeiten vertrauen können.

Unsere Politik ist nicht beliebig, sondern sie hat klare Maßstäbe. Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden die Kriterien zur Beurteilung der Wirklichkeit und die Maßstäbe zur Gestaltung alter wie neuer gesellschaftlicher Herausforderungen. Dabei wissen wir, dass die Verwirklichung von Freiheit auch materielle Bedingungen hat. Sie setzt die Überwindung von Diskriminierung und Armut voraus. Gerechtigkeit erfordert nicht nur Gleichheit beim Zugang zu Erwerbsarbeit, Bildung, Ausbildung und Kultur, sondern auch mehr Gleichheit bei der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht. Für uns ist das Solidarprinzip eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Nur gemeinsames Handeln sichert die Grundlagen für individuelle Selbstbestimmung.

Der Landesvorstand wird deshalb mit klaren inhaltlichen Zuständigkeiten in den kommenden zwei Jahren den Dialog mit den Bezirken, der Fraktion und in der Partei organisieren mit dem Ziel, gemeinsam mit Interessengruppen, Fachleuten und politisch Interessierten unsere Programmatik auf allen wesentlichen Politikfeldern mit einem klaren Profil auszustatten.

Insbesondere zu den Kernthemen

- Wirtschaft, Arbeit und Umwelt,
- Bildung,
- Jugend und Ausbildung,
- Soziale Gerechtigkeit,
- Zukunft der Regionen und
- Neuordnung der Gemeindefinanzen

sollen mit öffentlichen Kongressen und Arbeitsgruppen vermittelbare Zukunftskonzepte erarbeitet werden. Dabei ist die Vernetzung der Inhalte mit dem Arbeitsprogramm der SPD-Landtagsfraktion zu gewährleisten. So können die Themen auch für eine aktive und effektive Oppositionsarbeit genutzt werden.

2. Mehr Beteiligung organisieren

Die hessische SPD muss zweierlei leisten: Wir müssen zum einen Ziele und Umsetzungsschritte sozialdemokratischer Politik mit einem schärferen Profil ausstatten und zum anderen unsere Kommunikationsfähigkeit erhöhen. Wir brauchen eine Kultur der Beteiligung. Wer an der Ausarbeitung und Entscheidung über die politischen Grundlinien beteiligt ist, der ist vom Ergebnis auch überzeugt. Und nur wer selbst überzeugt ist, kann und wird auch andere überzeugen. Unverzichtbare Voraussetzung hierfür ist, unsere Ziele für alle Politikfelder deutlicher zu bestimmen und ihre Umsetzung überzeugender zuzuspitzen. Formelkompromisse sind dabei nicht hilfreich.

Ein lebendiger, konstruktiver Diskurs über das politisch Wünschenswerte und das tatsächlich Leistbare hat der Sozialdemokratie nie geschadet, wenn am Ende eine gemeinsam vertretene Position steht. Im Gegenteil: Die anstehenden Probleme, sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei den sozialen Sicherungssystemen oder in anderen Bereichen bedürfen einer intensiven auch kontroversen Debatte unterschiedlicher Lösungsansätze. Nur so kommen wir zu begründeten, in der Öffentlichkeit nachvollziehbaren und gemeinsam vertretbaren Entscheidungen. Nur so werden Abwägungsprozesse zwischen unterschiedlichen Zielvorgaben und Interessenlagen auch vermittelbar. Nur durch eine größere Beteiligung erhöhen wir auch die Sprachfähigkeit der Partei auf allen Ebenen.

Unsere Aufgabe ist es, politische Entscheidungen so zu organisieren, dass sich möglichst viele daran beteiligen können. Nicht kleine Kommissionen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit Expertenpapiere beschließen, sondern offene Foren mit breiten Diskussionsmöglichkeiten bieten die notwendigen Mitwirkungsmöglichkeiten. Für eine konstruktive Diskussion brauchen diese Foren selbstverständlich eine Aufarbeitung der Informationen und fundierte Vorbereitung in Arbeitsgruppen. Dabei geht es nicht nur darum, die unterschiedlichen Interessen und Gruppen innerhalb der SPD in die Arbeit einzubeziehen, sondern auch andere, die nicht der SPD angehören. Wir wollen eine breite Diskussion auf allen Ebenen der Partei, von den Ortsvereinen bis zur Bundesebene. Wir werden diese Diskussion mit Foren und der Bereitstellung von Diskussionsmaterialien unterstützen.

3. Opposition von Anfang an

Die vielen Menschen, die auf die SPD ihre Hoffnung setzen, haben einen Anspruch darauf, dass die SPD sich nicht nur mit sich selbst beschäftigt. Als größte Oppositionspartei ist es unsere Aufgabe von Anfang an Widerstand gegen die zu erwartenden Fehlentwicklungen unter der konservativen Landesregierung zu organisieren.

- a.) In der Arbeitsmarktpolitik setzen wir auf Integration statt auf Ausgrenzung, auf existenzsichernde Beschäftigung statt auf Lohnsenkungen, auf Qualifizierung statt auf sozialen Abstieg. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Kirchen, kommunalen und regionalen Akteuren werden wir die Alternativen zur Politik der konservativen Landesregierung formulieren und den Widerstand gegen die arbeitnehmerfeindlichen Konzepte organisieren. Gemeinsam mit ihnen und vielen Beschäftigteninitiativen werden wir die Ansätze zu einer aktiven Beschäftigungspolitik verteidigen und fortentwickeln. Gegen die Untätigkeit der hessischen Landesregierung im Bereich Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildung setzen wir auf ein Bündnis zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dabei knüpfen wir an unser Konzept zur „Jugendarbeitslosigkeit Null“ an. Dieses wollen wir weiterentwickeln und in einem neuen Steuerungsmodell mit regionaler Verantwortung verbinden.
- b.) In der Bildungspolitik setzen wir auf Chancengleichheit statt soziale Ausgrenzung, auf individuelle Förderung für alle statt auf gnadenlose Auslese, auf mehr Qualität in einer ganzheitlichen Bildung statt auf eine altmodische Paukschule. Gemeinsam mit alten und neuen Verbündeten aus den Reihen von Eltern, Schülern, Lehrern und Bildungsinteressierten müssen wir den gesellschaftspolitischen Rückschritt in die fünfziger Jahre bremsen und eine Schulreform von unten anstoßen. Eine wichtige Herausforderung bleibt dabei die Sicherung weiterführender und qualifizierender Bildungsgänge in der Fläche.
- c.) Die Landesregierung hat kein Konzept für die notwendige Regionalreform in Hessen. Wir sind die einzige Partei, die aus der regionalen Situation heraus passgenaue Konzepte für die Regionen in Starkenburg, Rhein-Main, Mittelhessen und Nordhessen entwickelt hat. Die Prinzipien klarer regionaler Abgrenzung, eindeutiger Zuständigkeiten und demokratischer Legitimation gelten dabei in allen Regionalkonzepten. Gemeinsam mit unseren Kommunen werden wir diese Entwicklung vorantreiben.

- d.) Gegen die Politik des Ausverkaufs der hessischen Natur und der ökologischen Rückschritte setzen wir eine nachhaltige Politik, die den Umbau zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft bei Schonung der Ressourcen und der Natur zum Ziel hat. Gemeinsam mit Umweltverbänden und Sozialpartnern werden wir die Alternativen deutlich machen und für Mehrheiten in der hessischen Bevölkerung werben.
- e.) Auch eine gewonnene Landtagswahl ist keine nachträgliche Rechtfertigung für die Schädigung demokratischer Kultur in Hessen. Gegen die organisierte Verantwortungslosigkeit der hessischen CDU setzen wir die Forderung nach politischer und persönlicher Verantwortung bei politischem Fehlverhalten.
- f.) Moderne Sozialpolitik lebt von lokalen und regionalen Strukturen über die Mitwirkung der Betroffenen. Dort ist im Lauf der Zeit ein großer Schatz an Erfahrung und Sachkompetenz angesammelt worden. Wir werden uns gemeinsam mit vielen Initiativen dafür einsetzen, dass diese Erfahrung nicht durch die Folgen der unseriösen Finanzpolitik der CDU vernichtet wird.

4. Politische Ebenen besser vernetzen

Bei unserer inhaltlichen Orientierung wie in der politischen Auseinandersetzung muss es besser gelingen, die verschiedenen politischen Ebenen zu nutzen. Wir haben mit unseren aktiven Europaabgeordneten, mit unserer hervorragenden hessischen Präsenz auf Bundesebene und mit unserer breiten kommunalen Basis ein großes Potential, das für die hessische SPD in der politischen Arbeit und Darstellung noch fruchtbarer sein kann. Die Vernetzung zwischen den Abgeordneten der verschiedenen Ebenen muss deshalb zum Beispiel durch gemeinsame Fachtagungen verbessert werden.

Gerade die Zusammenarbeit mit den kommunalen Vertretern muss intensiviert werden. Es muss auch hier zu einem vertrauenswürdigem, kontinuierlicheren Dialog kommen. Die Arbeit der SGK mit der landespolitischen Ebene muss dabei neu geregelt werden, um die kommunalpolitisch Aktiven unserer Partei besser zu unterstützen. Relevante europa-, bundes- und landespolitische Themen müssen für die lokale Ebene besser aufbereitet werden und im Gegenzug die Anliegen der Kommunen auf den anderen politischen Ebenen deutlicher zum Ausdruck kommen. Ziel muss sein, die SPD als vereint agierende Partei auf allen Ebenen sichtbarer zu machen und Themen bis vor Ort vermitteln zu können.

Nach der Europawahl wird das Abschneiden bei der Kommunalwahl 2006 die wichtigste Etappe zur Wiedererlangung der Mehrheit in Hessen sein. Wir werden uns deshalb bei der Neuaufstellung der hessischen SPD keine Zeit lassen, sondern unsere Arbeit so organisieren, dass die Kommunalwahl unter den bestmöglichen Voraussetzungen stattfindet.

5. Kampagnenfähigkeit stärken, Ressourcen effizienter nutzen

Nicht erst das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl 2003 zeigt die Notwendigkeit auf, die Kampagnenfähigkeit der hessischen SPD zu stärken. Weniger hauptamtliche Mandatsträger, weniger Mitglieder und abnehmende Finanzmittel sind Tatsachen, die zum Nachdenken über die Strukturen der Parteiarbeit und effektivere Ressourcennutzung zwingen. Die SPD in Hessen muss sich entscheiden, ob sie sich die Veränderung ihrer Strukturen von den finanziellen Rahmenbedingungen diktieren lässt oder ob sie diesen unausweichlichen Prozess aktiv gestaltet. Alle Verantwortlichen sind gefordert immer wieder die Strukturen der Partei auf ihre Effektivität, aber auch die Möglichkeiten einer breiteren, demokratischen Willensbildung zu überprüfen.

Ziel ist dabei, die Kampagnenfähigkeit auf allen politischen Ebenen der Hessen-SPD zu stärken. Dazu gehört ein effektiverer Umgang mit dem Zeit- und Finanzbudget der Partei und die Entlastung der ehrenamtlich aktiven Genossinnen und Genossen von allen (Partei)Verwaltungsangelegenheiten so weit wie möglich. Die Partei muss auf allen Ebenen in die Lage versetzt werden, dass sie in der Öffentlichkeit und insbesondere in Wahlkämpfen ihre inhaltlichen Botschaften besser vermitteln kann.

Diese Diskussion kann nur auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme der personellen und finanziellen Verteilungen und der Aufgabenprofile stattfinden. Die Gliederungen müssen darauf hin untersucht werden, wer welche Arbeiten zu welchen Kosten und mit welchem Wirkungsgrad leistet. Erst dann kann über eine sinnvolle Strukturreform der Partei in Verknüpfung mit unseren inhaltlichen Themen entschieden werden. Für eine schonungslose und offene Analyse unserer Strukturen und einen konstruktiven Diskurs über die organisatorischen Konsequenzen sollten wir uns Zeit nehmen bis zum Parteitag im Oktober.

Der alte Landesvorstand hat beschlossen eine Arbeitsgruppe dazu einzurichten, bestehend aus jeweils 2 Vertreter(innen) der Bezirke Nord und Süd, einem Vertreter(in) des Landesvorstandes und mindestens ei-

nem externen Berater. Diese hat den Auftrag, die unterschiedlichen Ebenen der politischen Arbeit innerhalb der SPD unter dem Gesichtspunkt der Effektivität zu überprüfen und ein Umsetzungsvorschlag zur Strukturreform zu erarbeiten. Der Landesvorstand wird beauftragt, bis zum Landesparteitag im Oktober 2003 Vorschläge zur Stärkung des Landesverbandes in Übereinstimmung mit den Bezirken und dem Landesausschuss vorzulegen, die vorher in den Untergliederungen diskutiert werden können.

A 5 - Regionalreform

1. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, daß das Regierungspräsidium Kassel beauftragt wird, sich an der Erarbeitung des detaillierten Konzeptes zur Bildung eines Regionalkreises in Stadt und Landkreis Kassel zu beteiligen und ein solches Konzept gesetzlich zu realisieren, wenn Stadtverordnetenversammlung und Kreistag es übereinstimmend beschließen.
 2. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Hessische Landesregierung entsprechend dem Konzept des hessischen Städtetages in den nächsten Jahren einen maßgeblichen Beitrag zur Entschuldung der Stadt Kassel leistet und die Finanzierung der Staatstheater so regelt, daß sich alle Gebietskörperschaften daran beteiligen.
-

A 6 - Erhalt der Sparkassen in kommunaler Trägerschaft

Die Selbstständigkeit der Sparkassen muss in kommunaler Hand erhalten bleiben. Nur die kommunale Selbstständigkeit kann die Kundenbindung vor Ort erhalten und die Aufgabenstellung der Sparkassen, nämlich als Kreditinstitut für Handel, Handwerk und Gewerbe in den Städten und Gemeinden zur Verfügung zu stehen, wahrgenommen werden.

Die SPD Hessen lehnt mit Entschiedenheit das Vorhaben ab, einen Zusammenschluss der Sparkassen mit der Helaba, zur Steigerung der Ertragskraft der Helaba vorzunehmen oder der Helaba Einfluss auf die Geschäftspolitik der Sparkassen einzuräumen.

Der Hessische Ministerpräsident und der Hessische Wirtschaftsminister werden aufgefordert, der SPD Hessen Auskunft über ihre Bestrebungen in Richtung eines Verbundes zu geben.

A 8 - Die Kriegslogik verlassen – die Vereinten Nationen stärken

Die SPD und die Bundesregierung haben alles in ihrer Macht stehende versucht, um den Krieg gegen den Irak zu verhindern. Der jetzt begonnene Krieg trifft zuerst die Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder. Im Moment erleiden unendlich viele Menschen im Irak Not und Elend. Sie sind in Sorge um ihre Angehörigen. Viele Menschen sterben oder werden das Opfer schwerer Verletzungen.

Die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten ist nicht mehr gesichert. Das hat dramatische Folgen für die Menschen.

Wir verlangen das sofortige Ende der Kampfhandlungen. Die Kriegslogik muss endlich unterbrochen werden.

Vordringlich ist, dass die Menschen im Irak schnell und unbürokratisch humanitäre Hilfe erhalten. Die Bundesregierung hat für die Not- und Flüchtlingshilfe und die humanitäre Soforthilfe in einem ersten Schritt 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Weitere Schritte müssen und werden folgen. Wir unterstützen die UN-Hilfsorganisationen und das Welternährungsprogramm, die unter der Autorität des UN-Generalsekretärs Hilfe für die Menschen vor Ort leisten sollen.

Wir bitten die Menschen in Deutschland, für die Arbeit der privaten Hilfsorganisationen, die den Menschen im Irak helfen wollen, zu spenden.

Dieser Krieg ist falsch, auch weil er das notwendige Bündnis gegen den internationalen Terrorismus sprengt. Aus den schrecklichen Anschlägen des 11. September 2001 hatte die Weltgemeinschaft die richtigen Schlüsse gezogen. Der internationale Terrorismus kann nur gemeinsam und vor allem mit den moslemisch-arabischen Staaten bezwungen werden.

Dieser Krieg lässt sich nicht rechtfertigen – weder moralisch noch völkerrechtlich. Die US-Regierung hat gegen die Mehrheit des UN-Sicherheitsrates entschieden, diesen Krieg zu führen. Sie müssen ihn verantworten.

Die deutsche Besatzung der Awaccs-Flugzeuge wird abgezogen, wenn ein Kriegseintritt der Türkei erfolgt.

Die SPD hat immer deutlich gesagt, dass Saddam Hussein ein fürchterlicher Gewaltherrscher ist. Er hat Gewalt gegen die eigene Bevölkerung und gegen seine Nachbarn gerichtet. Wir haben deshalb den Kurs der Vereinten Nationen unterstützt: Der Irak muss abrüsten und er darf keine Massenvernichtungswaffen besitzen. Die Waffeninspektoren haben im Irak gute Arbeit geleistet. Ihre Abrüstungserfolge waren sichtbar und hatten die gesamte Region sicherer gemacht.

Der Wiederaufbau muss unter der Führung der Vereinten Nationen stattfinden. Nur sie haben dazu die moralische Integrität. Nur sie können die Akzeptanz des Wiederaufbaus in der irakischen Bevölkerung und der moslemischen Welt gewährleisten. Dabei muss klar sein, dass die Hauptlast des Wiederaufbaus von denen getragen wird, die für die Schäden verantwortlich sind.

Damit die Vereinten Nationen ihre Glaubwürdigkeit erhalten können, müssen die USA und ihre Verbündeten durch den Weltsicherheitsrat im Rahmen der UN-Charta sanktioniert werden.

Wir wollen eine multipolare Welt und eine gerechte Weltordnung. Eine Welt mit bereits jetzt über sechs Milliarden Menschen muss zwangsläufig multipolar sein. Und deshalb kann das System des internationalen Friedens und der Sicherheit, das sie regiert, auch nur multipolar sein. Unser Ziel ist eine internationale, für alle Staaten verbindliche Rechtsordnung, die es allen Völkern erlaubt, in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu leben. Das Völkerrecht muss für alle verbindlich sein.

Wir verlangen von den USA, dass sie ihre neue Nationale „Sicherheitsstrategie“ ändert. Diese Strategie bereitet den Boden für „präventive Erstschläge“ und schließt sogar den Einsatz nuklearer Waffen nicht aus. Diese Strategie würde das Gewaltverbotsprinzip aushöhlen – mit dramatischen Konsequenzen für die internationale Rechtssicherheit. Sicherheit kann es nur in einer multipolaren Welt und gemeinsam geben. Wir brauchen heute mehr denn je die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, in der SPD eine grundsätzliche Debatte über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu organisieren.

A 9 - Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Nach den Wahlniederlagen in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erwartet der Landesparteitag der hessischen SPD von Parteivorstand, Bundestagsfraktion und Bundesregierung einen eigenen Beitrag zur Wiedergewinnung der Mehrheitsfähigkeit der SPD. Die klare Haltung gegen einen Krieg im Irak und die Regierungserklärung vom 14. März reichen trotz der erkennbaren Bereitschaft zu Reformen dazu nicht aus.

a.) Wir wollen Vorrang für Beschäftigung!

Im Zentrum der Bundespolitik muss die Beseitigung der Arbeitslosigkeit stehen. Alle Politikbereiche müssen auf dieses Ziel ausgerichtet werden, auch die Finanzpolitik.

Ein wichtiger Ansatz ist dabei die Erhöhung der Investitionen in die Zukunft. Wir begrüßen deshalb das angekündigte Investitionsprogramm für Kommunen und Wohnungssanierung. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der vielen notwendigen Investitionen im kommunalen Bereich erwarten wir, dass das Programm schrittweise zu einem Zukunftsinvestitionsprogramm mit den Schwerpunkten zukunftsfähiger Energie- und Verkehrspolitik ausgebaut wird. Dabei müssen zusätzliche Mittel bereit gestellt werden, damit die Kommunen überhaupt in die Lage versetzt werden, Investitionen zu tätigen. Mit einer Reform der Gemeindefinanzen müssen darüber hinaus die Kommunen wieder so gestärkt werden, dass sie die notwendigen Ausgaben aus eigener Kraft bewältigen können.

Ein weiteres wichtiges Element ist die Stärkung der Binnenkaufkraft. Sie ist eine der Hauptursachen für die derzeitigen konjunkturellen Probleme. Hier muss es bei der steuerlichen Entlastungen der Durchschnittseinkommen durch die weiteren Schritte der Steuerreform bleiben. Diese Politik darf nicht konterkariert werden durch zusätzliche einseitige Belastungen bei der Umstrukturierung der sozialen Sicherungssysteme, deren Zustand bereits durch 16 Jahre Kohl-Regierung nachhaltig negativ beeinträchtigt wurde. Die Privatisierung des Krankengeldes lehnen wir deshalb ab.

Zu einer zukunftsfähigen Beschäftigungspolitik gehört auch die Sicherung einer Berufsausbildung für alle Jugendliche. Angesichts der dramatischen Situation in diesem Bereich darf nicht noch mehr Zeit verloren gehen. Es ist Zeit für eine gesetzliche Umlagefinanzierung.

Eine Änderung des Kündigungsschutzgesetzes ist kein Beitrag zur Herstellung von mehr Beschäftigung und wird von uns daher abgelehnt.

b.) Sicherheit im Wandel

Gerade in Zeiten beschleunigten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels müssen die sozialen Absicherungen funktionieren. Wir wissen aus unserer Geschichte, der Sozialstaat ist nicht das Ergebnis, sondern die Voraussetzung für Wohlstand. Wer Veränderungen will, muss den Menschen Mut machen, nicht Angst. Wir begrüßen, dass mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe alle Erwerbsfähigen in die Beschäftigungspolitik einbezogen werden. Dabei muss die hohe Kompetenz kommunaler Beschäftigungspolitik integriert und erhalten werden. Nicht akzeptabel ist der Vorschlag, dass Menschen, die nach einem zum Teil langen Berufsleben keine Arbeit mehr finden, nur noch das Minimum der Existenzsicherung erhalten. Die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau und die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld lehnen wir ab.

c.) Solidarität im Gesundheitswesen

Die notwendigen Reformen im Gesundheitssystem müssen sich daran orientieren, dass jeder unabhängig von seiner wirtschaftlichen und gesundheitlichen Situation eine effiziente und qualitativ gute medizinische Versorgung erhalten kann. Dies ist nur in einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem möglich. Dazu gehört auch, dass die Beiträge paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. Um eine gerechtere Verteilung der Lasten zu erreichen, muss die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung schrittweise aufgehoben werden und langfristig alle Einkommen in die Beitragspflicht einbezogen werden. Statt gravierender Einschnitte zu Lasten der Versicherten und Patienten muss die Effizienz im internationalen Vergleich verbessert werden. Arzneimittelpreise, die 25-30% über den europäischen Durchschnitt liegen sind nur ein Beispiel. Wir wollen mehr Prävention und Transparenz. Eine Privatisierung von Leistungen lehnen wir ab.

d.) Politik muss zukunftsfähig sein

Zu unserer politischen Verantwortung gehört, dass der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen Rechnung getragen und der Gefährdung natürlicher Lebenszusammenhänge Einhalt geboten wird. Aus diesem Grund wollen wir eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, um auch künftigen Generationen gesunde Lebensbedingungen zu bieten. Unser Ziel ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die den derzeitigen Bedarf der Menschen befriedigt, ohne die grundlegenden Ressourcen zu vernichten, auf die künftige Generationen angewiesen sind. Dies ist Maßstab für alle Politikbereiche.

e.) Gerechte Finanzierung

Die Lasten der Finanzierung öffentlicher Aufgaben sind noch immer ungleichmäßig verteilt. Einer hohen Abgabenlast auf durchschnittlichen Lohneinkommen stehen deutlich geringere Belastungen bei hohen Einkommen und bei Einkommen aus Unternehmen und Vermögen gegenüber. Die letzte Unternehmenssteuerreform hat zu diesem Missverhältnis erheblich beigetragen. Zusammen mit den diskutierten Kürzungsvorschlägen in bei den Sozialversicherungen ergibt dies eine soziale Schieflage. Diese muss durch eine entsprechende Gestaltung des Steuersystems und eine angemessene Besteuerung von Vermögen und Erbschaften korrigiert werden. Zu prüfen ist, ob in der derzeitigen Haushaltssituation die Absenkung des Spitzensteuersatzes unterbleibt.

f.) Partei braucht Demokratie

Grundsätzliche gesellschaftspolitische Weichenstellungen können nicht in kleinen Zirkeln entschieden werden. Die Mitglieder der SPD, die diese Politik nach außen vertreten, haben einen Anspruch darauf, an den Entscheidungen beteiligt zu werden. Die anstehenden Probleme, sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei den sozialen Sicherungssystemen oder in anderen Bereichen bedürfen einer intensiven Debatte unterschiedlicher Lösungsansätze. Wir fordern vom SPD-Parteivorstand, dass die SPD bundesweit diese Debatte organisiert und mit Entscheidungen auf einem a. o. Bundesparteitag zum Abschluss bringt, bevor die legislative Umsetzung beginnt.

B 1 - Politik für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Der Landesparteitag der hessischen SPD fordert die SPD-Landtagsfraktion Hessen und die gesamte Partei auf allen Ebenen auf, die Regierung Koch in der Schulpolitik massiv zu kritisieren, denn die Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik gehen mit der zweiten Regierung Koch rapide weiter. Es gilt die konservative Bildungsideologie zu entlarven, es gilt die Diskrepanz zwischen Wort und Tat, zwischen Anspruch und Wirklichkeit der praktischen Politik aufzuzeigen.

Die CDU-Regierung ergreift weitere Maßnahmen, die gegen das Ziel der Bildungsgerechtigkeit gerichtet sind. Die Vernichtung von Bildungschancen wird verstärkt. Auslese und Diskriminierung werden perfektioniert. Viel zu früh wird über Schulerfolg und Schulabschluss entschieden. Soziale Herkunft entscheidet verstärkt über den Bildungsabschluss. Die Tür zu höheren Bildungsabschlüssen wird vielen künftig nicht mehr offen stehen. Neue Ungerechtigkeiten werden Kinder aus bildungsfernen Schichten zusätzlich benachteiligen.

Anstatt neue Instrumente zur individuellen Förderung einzusetzen und die Integration wirksam voran zu treiben, werden weitere Maßnahmen zur Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung für zahlreiche Schüler ergriffen.

Anstatt durch gezielte frühkindliche Bildung die individuelle Förderung aller Kinder zu intensivieren, den Bildungsauftrag in den Kindertageseinrichtungen umzusetzen und alle Kinder besser auf Schule vorzubereiten, werden völlig unzureichende Sprachkurse für Kinder angeboten, denen die Rückstellung von der Einschulung droht.

Anstatt den eigenständigen Bildungsauftrag der Grundschule durch entsprechende organisatorische und pädagogische Rahmenbedingungen zu unterstützen, die Kooperation und Koordination zwischen den Grundschulen und den Kindertageseinrichtungen einerseits und mit den weiterführenden Schulen andererseits zu fördern, wird die Grundschule degradiert zu einer Zulieferschule für das gegliederte Schulsystem der Sekundarstufe I. Die soziale Auslese beginnt damit schon mitten in der Zeit der Grundschule.

Anstatt die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen – horizontal und vertikal - zu fördern, tut die Koch-Regierung genau das Gegenteil: Unterschiedliche Stundentafeln und verschiedene Lehrpläne für die einzelnen Bildungsgänge und Schulformen verhindern die notwendige Durchlässigkeit nicht nur in der Sekundarstufe I, sondern ganz besonders auch bei den Übergängen zu und beim erfolgreichen Mitarbeiten in der Sekundarstufe II. Darüber hinaus wurden zusätzliche Barrieren für höhere Bildungsabschlüsse durch verschärfte Zugangs- und Versetzungsbedingungen in nahezu allen Schulformen eingebaut. Wir werden in Zukunft weniger Fachabiturienten haben, die Zahl der Schüler mit allgemeiner Hochschulreife wird sinken, viele Realschüler werden das Abitur nicht mehr erreichen – und das in einer Zeit, in der Hessen und Deutschland auf mehr Schüler mit höheren Abschlüssen angewiesen sind.

Anstatt alle Schülerinnen und Schüler optimal und individuell zu fördern, steigen die Zahlen der nichtversetzten Schülerinnen und Schüler weiter an. Die pädagogische Wirksamkeit der Nichtversetzung ist wissenschaftlich mehr als fragwürdig, erfolgreiche PISA-Länder wenden dieses Instrument der Ausgrenzung gar nicht an. Anstatt zusätzliche Maßnahmen der Förderung bei Leistungsdefiziten anzubieten, wird lediglich das Instrument der Diskriminierung geschärft. Dies ist kein Beitrag zur Leistungssteigerung unserer Schulen, sondern lediglich ein Beitrag zur Steigerung des Schulversagens.

Das gegliederte Schulsystem und die im internationalen Vergleich viel zu frühe Schullaufbahnentscheidung begünstigen den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

Die soziale Diskriminierung plant die CDU-Regierung durch regionale Benachteiligungen zu ergänzen. Ihr Programm sieht vor, dass kleine (Oberstufen-) Schulsysteme geschlossen werden sollen. Wir werden nicht akzeptieren, dass regional ungleiche Bildungschancen in Hessen wieder Realität werden sollen, dass Kinder in ländlichen Regionen weniger Chancen auf höherwertige Bildungsabschlüsse haben.

Dagegen setzen wir unser Konzept einer Offensive für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Die jüngsten PISA-Ergebnisse haben uns einmal mehr gezeigt: In keinem anderen Land der OECD ist der Bildungserfolg der Kinder so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Alle Anstrengungen der Bildungs- und Schulpolitik müssen deshalb darauf zielen, mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen, die Chancengleichheit zu fördern, den Bildungserfolg vom sozialen Milieu unabhängig zu machen.

Wir brauchen alle Talente, wir fördern und fordern alle Begabungen, dies ist im Interesse des einzelnen Jugendlichen genauso wie im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Wir wollen möglichst alle Schüler berufs- und damit zukunftsfähig ausbilden.

Wir wollen eine Steigerung des schulischen Leistungs- und Qualifizierungsniveaus in allen Schulen und auf allen Ebenen.

Wir wollen die Quote der Schulabbrecher und derjenigen ohne Schulabschluss deutlich senken.

Wir wollen die Quote der mittleren und höheren Bildungsabschlüsse deutlich erhöhen, ohne dabei das geforderte Leistungs- und Kompetenzniveau abzusenken.

Wir wollen die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung fördern.

Deshalb kämpfen wir für die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

Wer mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit will, muss grundsätzliche Neubestimmungen in der Bildungspolitik vornehmen. Im Zentrum aller Bemühungen jedoch muss jedes einzelne Kind und jeder Jugendliche und seine individuelle Förderung stehen.

Dies muss bereits bei der frühkindlichen Bildung mit einer individuellen Förderung der Kinder schon in den Kindertageseinrichtungen beginnen. Unser Konzept der sog. Vorschule und die anschließende Schuleingangsstufe in den beiden ersten Grundschuljahren bieten dafür die beste Voraussetzung.

Wer mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit will, muss zusätzliche Maßnahmen der Förderung und Qualifizierung für alle Schüler und für alle Begabungen anbieten.

Unser Konzept, mit 500 Ganztagschulen die Qualität des Schulsystems entscheidend fort zu entwickeln und zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, muss entschieden vorangetrieben werden. Das Programm der Bundesregierung bietet dazu eine wertvolle und dankenswerte Unterstützung. Dies von der CDU aus parteitaktischen Gründen ablehnen zu wollen, ist verantwortungslos gegenüber Schülern und Eltern.

Wer mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit will, muss Förderkonzepte und nicht Konzepte der Diskriminierung tägliche pädagogische Praxis werden lassen. Dafür müssen unsere Lehrerinnen und Lehrer gut aus- und fortgebildet werden. Auch deshalb brauchen wir dringend eine Reform der Lehrerbildung.

Außerdem müssen die Entscheidungsräume und die Eigenverantwortung der einzelnen Schule erweitert werden. Dazu gehören auch zusätzliche Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte für Eltern und Schüler.

Wer mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit will, muss die Ergebnisse schulischen Wirkens erfassen, muss Qualitätsentwicklung und –sicherung als permanenten Prozess (Evaluierung) begreifen.

Das Erreichen von national einheitlichen und schulstufenbezogenen Bildungsstandards, die gelungene Vermittlung von Qualifikationen und Kompetenzen stehen neben Persönlichkeitsentfaltung und Werteerziehung im Zentrum des schulischen Bildungsauftrags. Nur wenn wir sicher sind, dass beschriebene Ziele auch erreicht werden, kann auch der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg transparent gemacht und entkoppelt werden.

Wer mehr Bildungsgerechtigkeit und damit die Chancengleichheit fördern will, darf nicht zulassen, dass Tausende junger Menschen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen. Unser Programm „Jugendarbeitslosigkeit Null“ ist konsequent zu verfolgen. Dazu müssen die Beruflichen Schulen bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Ausbildungsplatzmisere zusätzliche Aufgaben übernehmen, gerade auch deshalb müssen sie zu regionalen Kompetenzzentren weiter entwickelt werden.

Wer mehr Bildungsgerechtigkeit will, muss sich der grundsätzlichen Diskussion öffnen, wie in Deutschland längeres gemeinsames Lernen organisiert werden kann. Im Lichte der internationalen PISA-Untersuchungen und der Vergleiche mit den erfolgreichen anderen Ländern stellt sich damit die Schulstrukturfrage erneut. Wissenschaftliche Erkenntnisse einerseits und Forderungen von verschiedenen Wirtschaftsverbänden unterstützen diese Position und den zu startenden Dialog.

B 6 - Qualifizierender Hauptschulabschluss

Wir fordern die Abschaffung des durch die CDU/FDP Landesregierung 1999 eingeführten qualifizierenden Hauptschulabschlusses.

B 8 - Schulkonferenzen

Wir fordern: Größere Partizipationsmöglichkeiten für alle (Schüler, Eltern und Lehrer) durch die Stärkung der Kompetenzen der Schulkonferenz.

B 10 - Zentralabitur

Kein Zentralabitur !

B 11 - Gute Schule braucht eine Lobby! Keine schulformbezogenen nationalen Bildungsstandards in Deutschland!

Leistung, Integration und Chancengleichheit müssen für das deutsche Schulsystem künftig bestimmend sein. Frühzeitiges Zementieren von Schullaufbahnen und schulformbezogenes Denken müssen eine Absage erhalten.

Deshalb fordert die hessische SPD, dass sich die Bundespartei, die Bundestagsfraktion, die Bundesbildungsministerin und die für Schule und Bildung zuständigen sozialdemokratischen Minister/innen in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass es bei der Entwicklung und Evaluierung von nationalen Bildungsstandards keine unterschiedlichen Standards nach Schulformen für die Pflichtschulzeit gibt.

Gerade die PISA Studie zeigt, dass ein gemeinsames Verständnis über künftige Schulentwicklung und ein Gesamtkonzept der Qualitätsentwicklung und der Qualitätssicherung in Deutschland notwendig ist. Dies bedeutet, dass die nationalen Bildungsstandards wie in anderen Ländern beschreiben müssen, was alle Schulen mit allen Schülerinnen und Schülern in der Pflichtschulzeit erreichen müssen.

I 1 - Aufklärung des Folter-Vorfalles im Polizeipräsidium Frankfurt

1. Die SPD Fraktion im Hessischen Landtag wird aufgefordert, durch die Ausnutzung der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten die CDU-geführte Landesregierung zur lückenlosen Aufklärung der tatsächlichen Umstände des Folter-Vorfalles um den stellvertretenden Polizeipräsidenten von Frankfurt, Daschner, zu verpflichten – notfalls durch Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Insbesondere wird dabei zu klären sein, ob auf Herrn Daschner politischer Druck (so Darmstädter Echo vom 28.02.2003) ausgeübt worden ist.
 2. Die hessische SPD mißbilligt die Äußerungen des Ministerpräsidenten Koch und des Polizeiministers Bouffier, dass das Verhalten des stellv. Polizeipräsidenten „menschlich sehr verständlich“ sei und damit den Eindruck der Billigung der Folter durch die Landesregierung in Kauf nimmt.
Der Landesparteitag rügt aufs Schärfste die Äußerungen von Justizminister Dr. Christean Wagner zum laufenden Ermittlungsverfahren gegen den Vizepolizeipräsidenten Daschner und fordert den Justizminister auf, jede Form von Einflußnahme gegenüber den ermittelnden Staatsanwälten zu unterlassen.
Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Anträge im Hessischen Landtag einzubringen.
 3. Der Landesparteitag der SPD verurteilt, das Verhalten des stellvertretenden Polizeipräsidenten von Frankfurt als menschenrechts- und rechtsstaatswidrig.
-

Wahl des Landesvorstandes 2003 – 2005 der SPD Hessen

a) Landesvorsitzende:	abgegebene Stimmen:	294
	ungültig:	2
Andrea Ypsilanti	Ja:	216
	Nein:	56
	Enthaltung:	20
b) Stellvertretende Landesvorsitzende:	abgegebene Stimmen:	285
	ungültig:	6
Gernot Grumbach	Ja:	169
	Nein:	77
	Enthaltungen:	33
	ungültig:	12
Manfred Schaub	Ja:	207
	Nein:	43
	Enthaltungen:	23
	ungültig:	6
Jürgen Walter	Ja:	201
	Nein:	48
	Enthaltungen:	30
c) Landesgeschäftsführer:	abgegebene Stimmen:	278
	ungültig:	3
Norbert Schmitt	Ja:	219
	Nein:	38
	Enthaltung:	18
d) Schatzmeisterin:	abgegebene Stimmen:	271
	ungültig:	2
Hildegard Pfaff	Ja:	240
	Nein:	21
	Enthaltung:	8
e) BeisitzerInnen:	abgegebene Stimmen:	276
	ungültig:	8
gewählt:	Heidemarie Wiczorek-Zeul	212
	Udo Bullmann	183
	Lothar Quanz	173
	Torsten Warnecke	155
	Bettina Hoßfeld	148
	Christine Lambrecht	141
	Kerstin Weinbach	140
	Petra Fuhrmann	129
	Rolf Gnadl	122
	Jörg Jordan	114
	Norbert Schüren	103
	Nina Hauer	93
nicht gewählt:	Sascha Raabe	92
	Michael Siebel	81
f) Revisoren/innen:		
	Ilse Stiewitt, Rudi Sölch und Manfred Urff werden einstimmig gewählt.	